

Stellungnahme aktiver und ehemaliger Betriebsarbeiter, Betriebsräte und Gewerkschafter in der DKP

Erhaltet die DKP auf der Grundlage von Programm und Statut.

Erhaltet sie als kommunistische Partei, die Lehren aus der Vergangenheit zieht und aktiv in heutige Auseinandersetzungen eingreift.

Sichert die Fortsetzung einer Politik, die Gewerkschaft und Betrieb als zentrales Handlungsfeld begreift

Liebe Genossinnen, liebe Genossen!

Wie Ihr wisst, gibt es in der DKP bereits seit Jahren auseinanderdriftende Vorstellungen über die Orientierung der Partei.. Das ist angesichts der rasanten Veränderungen der gesellschaftlichen Verhältnisse auch nicht überraschend. Doch wie Friedrich Engels sagte: *„Wir müssen die Diskussion zulassen, um nicht zur Sekte zu werden, aber der gemeinsame Standpunkt muss gewahrt werden. Dieser findet seinen Ausdruck im Programm der Partei, dessen Einzelheiten wechseln mögen mit den Umständen und der Entwicklung der Partei selbst, aber immerhin ein Programm, worin die Partei in jedem gegebenen Augenblick einig ist.“*

Selbstverständlich sind darum auf dem Boden des Parteiprogramms unterschiedliche Positionen zu Einzelfragen möglich und auch nötig. Aber keine linke demokratische Organisation, schon gar keine kommunistische Partei, wird dulden, dass fraktionelle oder Entscheidungen von Führungszirkeln den demokratischen Prozess ersetzen, wenn es um den Kern ihres Programms geht. Genau das aber steht bevor.

Auf der PV-Tagung im September 2012 hat Patrik Köbele, Mitglied des Sekretariats und Wortführer der Parteiopposition, zum Ausdruck gebracht, dass die Gemeinsamkeiten nun aufgebraucht seien. Dieser Parteitag werde über die „Hegemonie“ in der DKP entscheiden. Heißt: Man werde die Machtfrage stellen. Und diese Richtungsentscheidung soll fallen, ohne dass die Parteibasis mit dem Oppositionsprogramm je befasst gewesen wäre. Dabei wird immer klarer:

Es geht um ein anderes Programm und um eine andere Partei!

Das Programm der DKP von 2006 geht davon aus, dass unter den gegenwärtigen historischen Bedingungen die Beseitigung des Kapitalismus in einem revolutionären Akt nicht möglich ist. Dazu fehlen die notwendigen Voraussetzungen. Die Akzeptanz linker Parteien, vor allem marxistisch ausgerichteter, ist trotz der sich vertiefenden Krise unbefriedigend. In einer solchen Situation stellt sich nicht das Nahziel Sozialismus, sondern es geht um eine demokratische Übergangsprogrammatik, wie sie unser Programm mit der *Wende zu sozialem und demokratischem Fortschritt* formuliert und im weiteren im Kapitel *antimonopolistische Umwälzungen* beschreibt. Die Vertreter der Oppositionsplattform sehen das jedoch gründlich anders.

Schon im Titel des 84er-Papiers aus 2011, dem Versuch einer programmatischen Plattform der Oppositionsströmung, wird aufgefordert, jetzt *„Den Gegenangriff (zu) organisieren“* und frontal zum Kampf *„Klasse gegen Klasse“* zu orientieren.

Abgesehen von der Verkennung der gesellschaftlichen Realitäten und politischen Kräfteverhältnisse, die sich in dieser „Offensivstrategie“ ausdrückt, ist dies der wörtliche Abklatsch einer Losung der KPD von Ende der 20er-Jahre. Dieser lag die Einschätzung zugrunde, die bürgerliche Demokratie habe in der Weltwirtschaftskrise keine

Chance mehr, die Sozialdemokratie sei Hauptstütze des Finanzkapitals und der Kapitalismus sei mit seinem Latein am Ende.

Unter dieser Losung wurde der KPD der denkbar größte Schaden zugefügt. Ein Schaden, der bekanntlich bis heute nachwirkt.

Eine ähnlich irrealer Sicht auf die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse findet sich heute, außer in den Programmen diverser ML-Gruppen, nur noch in den Dokumenten der KKE. Wie damals die KPD sieht die KKE den Kapitalismus bereits am Ende: *„Die Auflösung des Hauptwiderspruchs zwischen Kapital und Arbeit ist auf die Tagesordnung gekommen...Wir definieren den Charakter der bevorstehenden Revolution in Griechenland als sozialistisch. Die Ära der bürgerlich demokratischen Revolutionen ist endgültig vorbei“*. Daraus wird u.a. geschlussfolgert, *„dass es unter den Bedingungen des Monopolkapitalismus kein Zwischenstadium einer strategischen Option gibt.“*

Wozu auch, wenn der Sozialismus nun bereits auf der Tagesordnung steht!

Die griechische Linke, die diese Sicht nicht teilt, wird als reaktionär und „klassenverräterisch“ abgefertigt. Halsstarrig lehnt die KKE nicht nur jedes Wahlbündnis ab, sondern verweigert auch eine Zusammenarbeit gegen die erstarkten Faschisten. Aktionseinheit sieht sie am besten bei sich selbst aufgehoben und bei der von ihr gegründeten Gewerkschaft PAME, die der Taktik „beispielhafter Aktionen“ huldigt. Organisatorisch und politisch separiert, muss der RGO-Ableger der KKE die Organisation der Generalstreiks allerdings den *„klassenverräterischen, reformistischen“* Gewerkschaften überlassen.

Es scheint vielen Genossen unbegreiflich, dass Teile der DKP mit dieser Politik sympathisieren, aber ein Blick in das oppositionelle „Zentralorgan“, den „Berliner Anstoß“, kann Zweifel daran leicht beseitigen. Thesen und Reden der KKE werden dort regelmäßig ungekürzt oder in kritiklosen Kommentaren verbreitet, während die Programmatik der DKP ausschließlich durch Kritik und „Widerlegungen“ präsent ist. Würden darum Tendenzen, die heute den Auftritt dieser Strömung bestimmen, morgen Programm, liefe das vor allem auch auf den Verlust unseres Ansehens und unserer Arbeitsmöglichkeiten in den Gewerkschaften hinaus.

Bereits das 84er-Papier zeichnete die Gewerkschaften ausschließlich unter dem Aspekt der Kollaboration und der Sozialpartnerschaft, nicht aber in ihrer Unverzichtbarkeit für eine reformpolitische Alternative und nicht als zentrales Handlungsfeld der Kommunistischen Partei. Es ging sogar einen Schritt weiter. Da mangels Verankerung in den Betrieben nur noch die Kommunen als Handlungsfeld verbleiben, hatte man sich überlegt: *„Diese Schwerpunktsetzung schließt ein, dass Parteigruppen gerade in der jetzigen Krisensituation auch von außen in betriebliche Abwehrkämpfe eingreifen.“*

Folgerichtig ging denn auch die Berliner Bezirksleitung dazu über, sich zugunsten einer „betriebsratsoppositionellen Liste“ in Betriebsratswahlen (Benz-Marienfelde) einzumischen. Und zwar gegen eigene Genossen in der betrieblichen Gewerkschaftsführung, mit Mobilisierung „linker“ Berliner Prominenz, unter Beteiligung aller hauptstädtischen ML-Zirkel und flankiert von bundesweiten Solidaritätsadressen aus der DKP, die zur Unterstützung der „bedauernswerten Opfer“ des nachfolgenden Statutenverfahrens der IG-Metall aufgerufen war. In den großenteils utopischen Forderungen der Oppositionsliste sah man offenbar die Morgenröte des im 84er-Papier verschiedentlich geforderten „härtesten Klassenkampfes“. Die Ergebnisse der Wahl trugen dann allerdings schnell zur Ernüchterung bei.

So, wie wir dieser sektiererischen Linie in der Betriebs- und Gewerkschaftspolitik widersprechen, lehnen wir weitere Positionen dieser Parteiströmung ab. Insbesondere sind dies:

Die illusionäre „Vorstellung des kurzen Weges zum Sozialismus“ als Quelle weiterer Fehler.

Das statische Verständnis von Reformen, die stets „systemsprengend“ zu sein haben, verbunden mit der Ablehnung von allem, was heute machbar erscheint, wie z.B. die Verstaatlichung der großen Finanzinstitute.

Das Dogma von der „führenden Rolle der KP“ als elitärer Auftritt gegenüber fortschrittlichen Bewegungen.

Die arrogante, unpolitische Positionierung gegenüber der Linken, (im „Berliner Anstoss“ wird die Regierungsbeteiligung der Linken ein „politisches Verbrechen“ genannt).

Die Verabsolutierung des Kampfes auf nationalem Boden, die leugnet, dass die kapitalistischen Haupt- und Nebenmächte durchaus und zunehmend kollektiv handeln, wenn es um ihre Interessen geht.

Der unkritische Blick auf den gescheiterten Realsozialismus, missverstanden als „Prinzipientreue“, bis hin zum neuen Faible für die „Stalinfrage“.

Die Übertragung der KKE Strategie auf die DKP. Selbst wenn diese Strategie in Griechenland richtig wäre, ist sie unter den Bedingungen und Voraussetzungen der BRD und der DKP unsinnig und würde Selbstisolierung und Sektierertum bedeuten.

Wir sind darum überzeugt:

Wenn die Vertreter der oppositionellen Plattform auf dem kommenden Parteitag Erfolg haben, besteht unmittelbar die Gefahr, dass unsere Partei für lange Zeit in absoluter politischer Bedeutungslosigkeit versinkt.

Der geforderte „Führungsanspruch“ der DKP in Bündnissen und in der Arbeiterklasse würde bald zur Isolierung der Partei und zur Zerstörung all dessen führen, was Genossinnen und Genossen mit konsequenter Gewerkschaftsarbeit und Bündnispolitik an Respekt und Anerkennung gegenüber der DKP und ihrer Kompetenz erreicht haben.

Das statutenwidrige taktische Verhalten gegenüber der Parteibasis, das im Vorfeld des Parteitags in offene Sabotage der gewählten Parteiführung gipfelte, droht zur Regel zu werden. *(Der BV Sachsen Anhalt und ein Berliner Mitglied des PV verhindern die Teilnahme eines Vertreters der Parteileitung an der BMV durch Verlegung des Tagungsortes./ Berlin verweigert die Diskussion der Parteitagsdokumente/ Aus Sachsen-Anhalt werden verleumderische Gerüchte gegen die Parteivorsitzende in Umlauf gesetzt/ siehe PV-Mitteilung im Internet)* Der Rückzug von weiteren Genossinnen und Genossen aus dem aktiven Parteileben wäre damit vorprogrammiert und das Ende der DKP in Sichtweite gerückt.

Darum rufen wir auf:

Lasst uns den Antrag des PV durch Änderungsanträge qualifizieren, nicht aber durch Anträge ersetzen, die ein Gegenprogramm transportieren!

Verweigert geschichtslosen, pseudoradikalen Positionen eure Zustimmung. Verwehrt jenen den Zugang zur Parteiführung, die wichtige Erfahrungen der deutschen Arbeiterbewegung in den Wind schlagen und deren immer wieder an den Tag gelegter Dogmatismus die Partei unweigerlich zu einer sektiererischen, abenteuerlichen Politik führen würde und schon geführt hat.

In Sorge um die Zukunft unserer Partei

Ulrich Abczynski, Rudi Christian, Detlef Fendt, Armin Fuchs, Ruth Hartmann, Wolfgang Hartmann, Volker Jung, Katharina Kniesche, Margot Konetzka, Franz-Josef Peine, Kerem Schamberger, Bernhard Tietjen, Christel Wegner, Klaus Wegner, Peter Wils, Werner Zichowski

Die Erstunterzeichner sind ohne Ausnahme langjährig aktive Gewerkschafter, Betriebsratsmitglieder, Betriebsratsvorsitzende, Personalräte, u.a. auch Abgeordnete und zwei aktuell ehrenamtliche DGB-Kreisvorsitzende.

Weitere Unterzeichner (aktueller Stand 26.02.2013)

Jonas Becker, Horst Bergmann, Eckhard Blum, Peter Brandt, Hugo Braun, Klaus Czyborra, Elisabeth Dietze, Jann Döpke, Günter Düsing, Bernd Englmann-Stegner, Bruni Freyeisen, Uwe Fritsch, Anne Frohnweiler, Ertan Gemici, Wolf Göhring, Alfred Hartung, Werner Hensel, Kurt Henseleit, Klothilde Hinz, Gebhard Hofner, Heide Janicki, Dieter Keller, Andreas Kellig, Christian Koberg, Joachim Kreich, Thomas Liermann, Jochen Mandel, Herbert Markus, Wolfgang Mihatsch, Ursula Möllenberg, Bernd Müller-Weatersby, Randolph Oechslein, Falk Prah, Silvia Schall, Eugen Schanz, Jeffrey Schevitz, Ulli Schmitz, Volker Scholz-Goldenberg, Erich Schreier, Joachim Schubert, Werner Siebler, Günther Stamer, Carl-Martin Trauth, Rolf Waggerhauser, Bernd Wagner, Klaus Weißmann, Werner Wrage, DKP-Betriebsgruppe VW-Braunschweig